## **EDITORIAL**

## LATEINAMERIKA UND EUROPA – AUF DER SUCHE NACH EINER NEUEN PARTNERSCHAFT



Angesichts der aktuellen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen in Lateinamerika ist es richtig und wichtig, dass Deutschland und Europa diesem Kontinent wieder mehr Aufmerksamkeit schenken. Dazu ist eine genaue und differenzierte Betrachtung notwendig, da diese Entwicklungen innerhalb der Länder Lateinamerikas sehr unterschiedlich, zum Teil sogar gegensätzlich verlaufen.

Die Rahmenbedingungen in Lateinamerika sind nach wie vor von einer guten bis sehr guten makroökonomischen Entwicklung bei bestehenden sozialen Ungleichgewichten gekennzeichnet.

Dabei stellt sich die Frage, inwieweit das im Wesentlichen auf dem Export von Rohstoffen basierende Wirtschaftswachstum langfristig haltbar ist und inwieweit die erwirtschafteten Ressourcen zu einer Diversifizierung des Wachstums und der Erwerbsquellen eingesetzt werden. Gelingt diese nicht, droht die Gefahr, dass der Aufschwung letztlich verpufft und keine Strukturen geschaffen werden, damit auf mittel- bis langfristige Sicht ein nachhaltiges und breiter angelegtes wirtschaftliches Wachstum sichergestellt werden kann. Ohne dieses Wachstum wird soziale Sicherheit auf Dauer aber in Lateinamerika nicht möglich sein, und daran müssen auch Deutschland und Europa interessiert sein. Auch wenn dabei quantitative Aspekte im Vergleich zu Asien sicher nicht ausschlaggebend sind, so spielen doch politische und sicherheitspolitische Aspekte sowie der Zugang zu Ressourcen eine nicht zu unterschätzende Rolle. Ein wirtschaftlich und sozial stabiles Lateinamerika ist auch ein politisch stabiles Lateinamerika, und im Wettbewerb um natürliche Ressourcen (ob nun Energiequellen, Landwirtschaft oder Bergbau) ist es sicher klug, der spürbaren Präsenz Chinas (und zukünftig Indiens) auf diesem Kontinent nicht völlig unbeteiligt das Terrain zu überlassen.

Parallel zu dieser dynamischen makroökonomischen Entwicklung, die nahezu alle Länder des Kontinents erfasst, besteht jedoch auch weiterhin das Problem der weit verbreiteten Armut und vor allem der extrem ungleichen Einkommensverteilung. Diese ist ein Phänomen, welche eine enorme gesellschaftliche Sprengkraft beinhaltet und letztlich auch den Nährboden für politische Instabilität bzw. den sich ausbreitenden Populismus birgt.

Hinter diesem Widerspruch der positiven wirtschaftlichen Entwicklung einerseits und der ungelösten sozialen Probleme andererseits stehen ursächlich wenig wirkungsvolle Ansätze der Sozialpolitik und fehlende Konzepte, wie Wachstum und soziale Gerechtigkeit sinnvoll in Einklang zu bringen sind, sowie das gesellschaftspolitische Phänomen einer unzureichenden sozialen Verantwortung der Eliten in den jeweiligen Ländern. Damit sind ausdrücklich nicht nur wirtschaftliche Eliten gemeint, sondern Eliten in allen gesellschaftlichen Bereichen. Das Verharren in traditionellen Verhaltensmustern und die fehlende Öffnung, sowohl zu mehr Partizipation (vor allem für bisher ausgeschlossene Bevölkerungsgruppen, wie z.B. die indígenas), als auch zu mehr Eigenverantwortung sind Phänomene, die sich in hohem Maße hinderlich für eine Lösung dieser Probleme auswirken.

Nur wenn sich die Eliten ihrer sozialen Verantwortung in der Gesellschaft ernsthaft bewusst werden und ihr Handeln dementsprechend ausrichten, dürften sich die Verhältnisse entscheidend ändern. Die Anstöße dazu können aus einem aktiv geführten Wertedialog entstehen. Vor dem Hintergrund des globalen Austauschs von Werten, Ideen und sozialen Normen werden die Bereiche Werte- und Religionsdialog in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen und ein Grundelement für die weltweite Förderung von Demokratie und die Neugestaltung von globaler Ordnung sein. Das gilt auch für das Verhältnis zu Lateinamerika, wobei gerade hier auf Grund gemeinsamer im Christentum verankerter Wertvorstellungen, die diesen Kontinent wesentlich prägen, Fortschritte möglich sein sollten.

Dass auch in Lateinamerika ein umfassender und ehrlicher Wertedialog notwenig ist, zeigt auch die politische Dimension der *Indigena*-Thematik Die Forderung, v.a. in den Andenländern, aber auch in Zentralamerika und im Süden Mexikos, nach gleichberechtigter politischer Partizipation beinhaltet auch den Dialog über Kultur, Religion und Wertvorstellungen, da nur so eine gleichberechtigte Integration in die Gesellschaft möglich sein wird.

In politischer Hinsicht ist der vielfach prognostizierte "Linksruck" in Lateinamerika in dieser vereinfachten Form nicht eingetreten. Die Einteilung der politischen Landschaft im Kontinent in ein traditionelles Rechts–Links-Schema ist ohnehin immer weniger geeignet, um eine realitätsnahe und präzise Beschreibung der politischen Lage durchzuführen.

Die Wahlen 2006 und die nachfolgende Umsetzung in politische Entscheidungen zeigen vielmehr eine Aufteilung in zwei völlig verschiedene Konzepte: Zum einen den Rückfall in den klassischen lateinamerikanischen Populismus der sechziger und siebziger Jahre, verursacht durch die ernüchternden Erfahrungen v.a. der unteren Einkommensschichten mit den nach der Überwindung der Militärdiktaturen der achtziger Jahre entstandenen demokratischen Systemen, die eben keine breit angelegte Verbesserung der sozialen Verhältnisse und drängenden (Überlebens)Probleme mit sich gebracht hatten.

Diese Mischung aus unbefriedigender persönlicher Bilanz breiter Bevölkerungsschichten und den ungeheuren finanziellen Möglichkeiten, mit denen die populistischen Machthaber (Chávez, Correa, Morales) dank der Erdöl- und Erdgaseinkommen ausgestattet sind und die diese zur Verfolgung ihrer Interessen ohne Einschränkung einsetzen, erklärt den breiten Zuspruch, den diese neuen Machthaber in einigen (aber nicht allen) Ländern bei den zurückliegenden Wahlen hatten. Die Demokratie hat zwar nach wie vor in der Region ein grundsätzlich positives Image, der Ansehensverlust der Institutionen (Parteien, Parlamente) und der handelnden Personen ist allerdings gravierend, was eindeutig an der wenig überzeugenden Wirksamkeit, der Verstrickung in Korruption und der z.T. fehlenden Glaubwürdigkeit und Handlungskompetenz liegt. Bemerkenswert ist auch, dass die Demokratieskepsis, also das Infragestellen demokratischer Institutionen und Grundwerte auch auf politische Akteure übergegriffen hat, die damit nun (erfolgreich) auf Stimmenfang gehen und so das Demokratiefundament in der Region weiter unterhöhlen.

Diese Entwicklung ist jedoch nicht flächendeckend, und es wäre falsch, hier die Fehlentwicklungen und Negativbeispiele stellvertretend für den gesamten Kontinent in den Vordergrund zu stellen.

Differenzierung tut Not, nicht nur, um der Realität gerecht zu werden, sondern v.a. auch, um feststellen zu können, mit welchen Akteuren, Ländern und Institutionen bei der Gestaltung einer erneuerten Partnerschaft zwischen Europa und Lateinamerika konkret und erfolgversprechend zusammengearbeitet werden kann.

Der Kontrapunkt zu den populistischen und zunehmend autoritären weil demokratische Spielregeln außer Kraft setzenden Regierungen sind Länder wie Mexiko, Chile, Brasilien, Kolumbien, Uruguay oder Costa Rica. Hier sind Regierungen im Amt, die z.T. gravierende Probleme zu lösen haben und dabei erfolgreich im Rahmen von Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit und politischem Pluralismus agieren. Diese Beispiele zeigen, dass die Demokratie in Lateinamerika durchaus handlungsfähig ist, und genau diese Fälle gilt es, in den Fokus zu stellen, zu stärken und zu fördern. Auch hier sind keine spektakulären kurzfristigen Erfolge zu erwarten. Kontinuität und politische Programme sowie gesellschaftspolitischer Konsens über eine Regierungsperiode hinaus sind wesentliche Voraussetzungen für den Erfolg. Dass dieser möglich ist, zeigen die genannten Länder, was einen wesentlichen Faktor für die langfristige Akzeptanz und Durchsetzungsfähigkeit der Demokratie in der Region darstellt.

Der V. Europäische-Lateinamerikanische Gipfel am 16./ 17. Mai in Lima, Peru, wird sich den wichtigen thematischen Schwerpunkten Armut und soziale Kohäsion einerseits und Klimawandel, Umwelt und Energie andererseits widmen.

Diese Themen spiegeln ohne Zweifel die vorrangigen Interessen auf beiden Seiten wieder: In Lateinamerika steht die Bewältigung der sozialen Herausforderungen im Vordergrund, ohne die keine politische Stabilität und kein tatsächlicher Fortschritt zu erzielen sein wird.

In Europa hingegen haben sich die Fragen im Kontext des Klimawandels und die Sorge um ausreichende und v.a. nachhaltige Energieversorgung als die zentralen Zukunftsfragen herauskristallisiert.

Inwieweit es allerdings tatsächlich zu einem gemeinsamen Dialog beider Seiten zu diesen Themen kommt, dürfte die zentrale Frage sein, die letztlich entscheiden wird, ob durch diesen Gipfel Fortschritte in den Beziehungen zwischen beiden Kontinenten erzielt werden können.

Die Erwartungen sind durchaus vielschichtig: Während es ein gemeinsames Anliegen ist, in Lateinamerika selbst bei der Bewältigung der sozialen Frage zusammenzuarbeiten, gilt es auch, sich der globalen Verantwortung bei Umweltfragen im weitesten Sinn und konkreten Problemen wie der Erhaltung des Amazonaswaldes zu stellen.

Inwieweit hier beide Seiten bereit sind, aufeinander zuzugehen, um sich in den gegenseitigen Bemühungen zu unterstützen, bleibt abzuwarten. Dabei ist in Lateinamerika immer offensichtlicher, dass die Länder des Kontinents nicht mit einer Stimme sprechen. Das Auseinanderdriften unterschiedlicher politischer Konzepte zwischen Demokratie und autoritärem Populismus macht es schwer, zu gemeinsamen Positionen und Strategien zu kommen. Das Stocken der Integrationsbemühungen oder das gefährliche Säbelrasseln und die z.T. massiven verbalen Drohungen im Falle der jüngsten durch Grenzverletzungen ausgelösten Konflikte zwischen Ekuador und Kolumbien sind Beispiele, die den ausgesprochen fragilen Zustand der lateinamerikanischen Staatengemeinschaft offenbaren.

Dass die Bundeskanzlerin Angela Merkel ihre Beteiligung an diesem Gipfeltreffen auch zu bilateralen Besuchen und Gesprächen in Brasilien, Peru, Kolumbien und Mexiko nutzt, ist ein richtiges und wichtiges Signal. Mit ihrem dezidierten Einsatz in Fragen des Klimawandels weltweit hat sie wesentlich dazu beigetragen, dass dieses Thema auf der Tagesordnung steht. Die Entwicklungsprobleme sind nur im Dialog zu lösen. Mit ihrer Präsenz in den wirtschaftlich wichtigsten lateinamerikanischen Ländern Mexiko und Brasilien werden diese einerseits in ihrer Bedeutung gewürdigt, aber andererseits auch in die regionale und globale Verantwortung genommen.

Im Falle Perus und Kolumbiens werden zwei Länder besucht, die inmitten schwierigster Rahmenbedingungen (Narkoterrorismus, Gewalt) bemerkenswerte Anstrengungen unternommen haben, auf demokratischem Weg diese Probleme zu lösen.

Dies ist ein wichtiges Signal gerade auch in Richtung der Länder, die sich den populistischen Versprechungen charismatischer Caudillos ergeben und dabei Gefahr laufen, demokratische Grundsätze außer Kraft zu setzen und so letztlich keinen tragfähigen und nachhaltigen Ausweg aus den z.T. dramatischen Entwicklungsproblemen zu finden.

Stellvertretender Generalsekretär